Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 44.

(Nr. 8387.) Allerhöchster Erlaß vom 29. Oktober 1875., betreffend die Errichtung einer vierten Königlichen Eisenbahnkommission für die Verwaltung der Ostbahn mit dem Sitze in Danzig.

Auf Ihren Bericht vom 24. Oktober d. J. genehmige Ich in Verfolg Meines Erlasses vom 30. April 1873. (Gesetz-Samml. S. 224.), daß für die Verwaltung der Ostbahn eine vierte Königliche Eisenbahnkommission mit dem Sitze in Danzig nach Maßgabe der in Meinem Erlasse vom 28. September 1872. (Gesetz-Samml. S. 637.) gegebenen Bestimmungen errichtet werde.

Dieser Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 29. Oktober 1875.

Wilhelm.

Achenbach.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Ausgegeben zu Berlin den 24. November 1875.

(Nr. 8388.) Allerhöchster Erlaß vom 1. November 1875., betreffend die Genehmigung eines Nachtrags zu dem Regulative für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz vom 27. September 1871.

Auf den Bericht vom 15. Oktober d. J. will Ich in Gemäßheit des §. 53. des Gesetzes vom 27. März 1824. (Gesetz-Samml. S. 101.), dem Antrage des Provinziallandtages der Rheinprovinz entsprechend, den anliegenden

Nachtrag zu dem Regulativ für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz vom 27. September 1871.

hiermit genehmigen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 1. November 1875.

Wilhelm.

Gr. zu Eulenburg.

An den Minister des Innern.

Nachtrag

zu dem

Regulative für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz vom 27. September 1871.

Die im §. 4. des mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 27. September 1871. (Gesetz-Samml. S. 469.) genehmigten Regulativs für die Organisation der Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten in der Rheinprovinz enthaltene Bestimmung, wonach der Landtagsmarschall und in dessen Verhinderung der Stellvertreter desselben die ständische Verwaltung nach Außen und vor Gericht vertritt, Namens derselben mit Behörden und Privatpersonen verhandelt, den Schriftwechsel führt und alle Schriftstücke zeichnet, wird hierdurch abgeändert, wie folgt:

Art.

Artikel 1.

Zur Besorgung der laufenden Verwaltungsgeschäfte wird ein besoldeter Landesdirektor angestellt, welcher vom Provinziallandtage zu wählen und vom Könige zu bestätigen ist.

Dem Landesdirektor können nach Bedürfniß noch andere obere Beamte zugeordnet werden, deren Anstellung durch den Provinzial-Verwaltungsrath erfolgt.

Die Anstellung des Landesdirektors und der anderen oberen Beamten erfolgt auf Zeit.

Die Gehälter und Emolumente des Landesdirektors und der anderen oberen Beamten werden durch einen Normal-Besoldungsetat festgestellt, und bis dies geschehen ist, vor der Wahl vom Provinziallandtage bestimmt.

Der Landesdirektor und die anderen oberen Beamten werden von dem Landtagsmarschalle in ihre Aemter eingeführt und vereidigt.

Artikel 2.

Der Landesdirektor führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung selbstständig. Er bereitet die Beschlüsse des Provinzial-Verwaltungsrathes vor und trägt für deren Ausführung Sorge.

Er vertritt die ständische Verwaltung nach Außen und vor Gericht, verhandelt Namens derselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke.

Im Uebrigen wird der Umfang der Amtspflichten des Landesdirektors und der anderen oberen ständischen Beamten, sowie ihre gegenseitige dienstliche Stellung und ihre Vertretung von dem Provinzial-Verwaltungsrathe durch besondere Geschäftsinstruktionen geregelt, deren Genehmigung dem Provinziallandtage vorbehalten bleibt.

Diese Geschäftsinstruktionen bestimmen auch, inwieweit die Befugnisse des Landesdirektors für einzelne Verwaltungszweige von den mit der speziellen Bearbeitung derselben beauftragten oberen Beamten (Art. 1.) selbstständig wahrzunehmen sind.

(Nr. 8389.) Allerhöchster Erlaß vom 6. November 1875., betreffend das Rangverhältniß des Präsidenten und der ständigen Mitglieder des Ober-Verwaltungsgerichts.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 3. November d. J. will Ich dem Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts den Rang der Räthe erster Klasse und den ständigen Mitgliedern des gedachten Gerichts den Titel „Ober-Verwaltungsgerichts-Rath" mit dem Range der Räthe zweiter Klasse hierdurch verleihen.

Berlin, den 6. November 1875.

Wilhelm.

Gr. zu Eulenburg.

An den Minister des Innern.

Be-

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872. (Gesetz-Samml. S. 357.) sind bekannt gemacht:

1) der Allerhöchste Erlaß vom 21. Mai 1875., betreffend die Genehmigung des revidirten Reglements für die Immobiliar-Feuersozietät der sämmtlichen Städte der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen, mit Ausnahme von Königsberg und Memel, durch die Amtsblätter
   der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 39. S. 242. bis 253., ausgegeben den 30. September 1875.;
   der Königl. Regierung zu Gumbinnen Nr. 38. S. 335. bis 347., ausgegeben den 22. September 1875.;

2) der Allerhöchste Erlaß vom 9. Juni 1875., betreffend das dem Kreise Heydekrug verliehene Enteignungsrecht für die zum Ausbau der drei Zufuhrwege von der Tilsit-Memeler Staatsstraße nach den Bahnhöfen der Tilsit-Memeler Eisenbahn zu Wießen, Heydekrug und Saugen erforderlichen Grundstücke, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Gumbinnen Nr. 41. S. 365., ausgegeben den 13. Oktober 1875.;

3) das Allerhöchste Privilegium vom 9. Juni 1875. wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Heydekruger Kreises im Betrage von 36,600 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Gumbinnen Nr. 41. S. 365. bis 368., ausgegeben den 13. Oktober 1875.;

4) das am 13. Juli 1875. Allerhöchst vollzogene Statut des Staudeichverbandes der Niederung auf der rechten Seite der Jungferschen Laache im großen Marienburger Werder durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 37. S. 191./192., ausgegeben den 11. September 1875.;

5) die Allerhöchste Konzessionsurkunde vom 21. Juli 1875., betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Neumünster über Heide nach Tönning durch die Westholsteinische Eisenbahngesellschaft in Neumünster, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Schleswig Nr. 49. S. 395. bis 397., ausgegeben den 15. Oktober 1875.;

6) das Allerhöchste Privilegium vom 26. Juli 1875. wegen Emission $4\frac{1}{2}$ prozentiger Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft bis zum Betrage von 20,000,000 Mark Reichsmünze durch die Amtsblätter
   der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 36. S. 281. bis 284., ausgegeben den 4. September 1875.,
   für Hannover Nr. 35. S. 301. bis 304., ausgegeben den 13. August 1875.,
   der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 34. S. 263. bis 266., ausgegeben den 20. August 1875.;

7) das

7) das Allerhöchste Privilegium vom 30. Juli 1875. wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Münster-Enscheder Eisenbahngesellschaft zum Betrage von 2,100,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Münster Nr. 37. S. 179. bis 182., ausgegeben den 11. September 1875.;

8) der Allerhöchste Erlaß vom 4. August 1875., betreffend einige Aenderungen und Ergänzungen des Statuts für die Sozietät zur Regulirung der Unstrut von Bretleben bis Nebra vom 23. Februar 1857. (Gesetz-Samml. S. 118. ff.), durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg Nr. 39. S. 231. bis 233., ausgegeben den 25. September 1875.;

9) der am 6. August 1875. Allerhöchst vollzogene Tarif, nach welchem das Brückengeld für die Benutzung der Bauernbrücke und der Brücke über die Mahlarche, die im Dorfe Pansin, Kreis Saatzig, über den Krampehlfluß führen, bis auf Weiteres zu entrichten ist, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Stettin Nr. 40. S. 207., ausgegeben den 1. Oktober 1875.;

10) der Allerhöchste Erlaß vom 11. August 1875., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Grafen zu Stolberg-Wernigerode für die von ihm ausgebaute Chaussee von Hasserode durch das Drängethal über das Forsthaus Drei Annen nach Schierke, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 38. S. 295., ausgegeben den 18. September 1875.;

11) der Allerhöchste Erlaß vom 14. August 1875., betreffend das der Stadtgemeinde Duisburg verliehene Enteignungsrecht Behufs Erwerbung des zur Offenlegung des projektirten „Dellplatzes" daselbst erforderlichen Terrains, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 41. S. 419., ausgegeben den 18. September 1875.;

12) der Allerhöchste Erlaß vom 15. August 1875., betreffend die Genehmigung der von der Landschaft der Herzogthümer Bremen und Verden aufgestellten „Revidirten Bremen und Verdenschen Brandkasse-Ordnung", durch das Amtsblatt für Hannover Nr. 42. S. 369. ff., ausgegeben den 1. Oktober 1875.;

13) das Allerhöchste Privilegium vom 18. August 1875. wegen eventueller Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Tarnowitz zum Betrage von 105,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 41. S. 263. bis 265., ausgegeben den 8. Oktober 1875.;

14) das Allerhöchste Privilegium vom 18. August 1875. wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Magdeburg zum Betrage von 9,000,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 41. S. 323./324., ausgegeben den 9. Oktober 1875.;

15) die Allerhöchste Konzessionsurkunde vom 27. August 1875., betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Ruhland nach Lauchhammer durch die Oberlausitzer Eisenbahngesellschaft, durch die Amtsblätter
der Königl. Regierung zu Merseburg Nr. 39. S. 233., ausgegeben den 25. September 1875.,
der Königl. Regierung zu Liegnitz Nr. 39. S. 261./262., ausgegeben den 25. September 1875.,
der Königl. Regierung zu Frankfurt a. d. O. Nr. 39. S. 247., ausgegeben den 29. September 1875.;

16) das Allerhöchste Privilegium vom 27. August 1875. wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Frankfurt a. M. zum Betrage von 15,000,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt für den Stadtkreis Frankfurt a. M. Nr. 44. S. 203. bis 205., ausgegeben den 7. Oktober 1875.;

17) das Allerhöchste Privilegium vom 30. August 1875. wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Kreises Westhavelland im Betrage von 345,000 Mark II. Emission durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 44. S. 355. bis 357., ausgegeben den 29. Oktober 1875.;

18) das Allerhöchste Privilegium vom 17. September 1875. wegen Ausgabe von 13,500,000 Mark Reichsmünze Prioritäts-Obligationen der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft durch die Amtsblätter
der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 41. S. 328. bis 331., ausgegeben den 8. Oktober 1875.,
der Königl. Regierung zu Frankfurt a. d. O. Nr. 41. S. 262. bis 264., ausgegeben den 13. Oktober 1875.,
der Königl. Regierung zu Merseburg Nr. 41. S. 241. bis 244., ausgegeben den 9. Oktober 1875.;

19) der Allerhöchste Erlaß vom 17. September 1875., betreffend die Verlängerung der, der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft durch die Konzessionsurkunde vom 11. Dezember 1872. gestellten Frist zur Vollendung und Inbetriebnahme der Eisenbahn von Swinemünde nach Ducherow und der Zweigbahnen von Angermünde nach Freienwalde und von Wriezen nach Frankfurt a. d. O. bis zum Schluß des Jahres 1876., durch die Amtsblätter
der Königl. Regierung zu Stettin Nr. 41. S. 209., ausgegeben den 8. Oktober 1875.,
der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 41. S. 332., ausgegeben den 8. Oktober 1875.,
der Königl. Regierung zu Frankfurt a. d. O. Nr. 41. S. 261./262., ausgegeben den 13. Oktober 1875.;

20) das

20) das am 17. September 1875. Allerhöchst vollzogene Statut für den Verband zur Einpolderung des Anwachses vor dem Heinitzpolder, Amts Weener, durch das Amtsblatt für Hannover Nr. 45. S. 425./426., ausgegeben den 22. Oktober 1875.;

21) das Allerhöchste Privilegium vom 17. September 1875. wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Trier zum Betrage von 1,200,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Trier Nr. 42. S. 242. bis 244., ausgegeben den 22. Oktober 1875.; das früher am 18. Juli 1865. ertheilte Privilegium über die Emission von 50,000 Thalern Trierer Stadtobligationen (Gesetz-Samml. für 1865. S. 881. ff.) wird gleichzeitig für erloschen erklärt;

22) das Allerhöchste Privilegium vom 17. September 1875. wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Kreises Löbau im Betrage von 60,000 Mark Reichsmünze V. Emission durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 43. S. 243. bis 245., ausgegeben den 28. Oktober 1875.;

23) das am 17. September 1875. Allerhöchst vollzogene Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Elbing zum Betrage von 400,000 Mark Reichsmünze durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 46. S. 237. bis 239., ausgegeben den 13. November 1875.;

24) der Allerhöchste Erlaß vom 22. September 1875., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Grafen v. Frankenberg auf Tillowitz im Kreise Falkenberg für den Bau einer Chaussee von Theresienhütte über Seiffersdorf bis zur Torfmeisterei Goldmoor, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 45. S. 293./294., ausgegeben den 5. November 1875.;

25) der Allerhöchste Erlaß vom 28. September 1875., betreffend die Verlängerung der der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahngesellschaft (Danzig-Warschau, Preuß. Abtheilung) Behufs Vollendung ihres Unternehmens in der Konzessionsurkunde vom 1. Juni 1872. gesetzten dreijährigen Baufrist bis zum 1. August 1877., durch die Amtsblätter
   der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 44. S. 233., ausgegeben den 30. Oktober 1875.,
   der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 42. S. 235., ausgegeben den 20. Oktober 1875.,
   der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 44. S. 274., ausgegeben den 4. November 1875.

Redigirt im Büreau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker).